

WEICHEN STELLEN FÜR DEUTSCHLAND

- Wachstumsprogramm von CDU und CSU -

Beschluss der Präsidien der
Christlich Demokratischen Union und der Christlich-Sozialen Union
am 7. März 2004

Wenige Wochen vor der gewaltigen Herausforderung der EU-Erweiterung taumelt Rot/Grün von einer Krise in die nächste. Doch statt die Politik zu ändern, werden Köpfe ausgetauscht. Dabei ist der Rücktritt Bundeskanzler Schröders vom Parteivorsitz ein Offenbarungseid: Wer nicht einmal seine eigene Partei überzeugen kann, kann erst recht nicht die Menschen in Deutschland mitnehmen. Wer in den entscheidenden Politikfeldern versagt, kann unser Land nicht nach vorne bringen.

Die Lage ist eindeutig: Wir verlieren gegenüber unseren Partnern in Europa seit Jahren an Boden. Deutschland hat kein Konjunkturproblem, sondern ein tief greifendes Strukturproblem:

- Beim wichtigsten Indikator für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft, der Wirtschaftsleistung pro Kopf, sind wir mittlerweile unter den EU-Durchschnitt gesunken; lediglich Griechenland, Portugal und Spanien liegen noch hinter uns.
- Die strukturelle Arbeitslosigkeit hat sich verfestigt: Seit August 2002 sind 730.000 Arbeitsplätze weggebrochen. Die Arbeitslosigkeit ist auf über 4,6 Mio. angestiegen, mehr als vor dem Regierungswechsel 1998 zu Rot-Grün.
- Deutschland ist jahrelanges Wachstumsschlusslicht in Europa; auch 2004 wird Deutschland über einen Platz am unteren Ende der Wachstumstabelle nicht hinauskommen. Wachstumsspitzenreiter in Europa werden die ab dem 1. Mai 2004 neu hinzukommenden EU-Mitgliedstaaten sein.
- 2004 wird Deutschland zum 3. Mal die Verschuldungsgrenzen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes verletzen.

Damit befindet sich Deutschland in einer gefährlichen Abwärtsspirale aus sinkender Beschäftigung, niedrigem Wachstum, steigenden Soziallasten und hohen

Haushaltsdefiziten. Sofortiges, entschlossenes Gegensteuern ist dringender denn je.

Insbesondere die nach wie vor schwierige Situation in den neuen Ländern zeigt den Handlungsdruck. Gleichzeitig haben die neuen Länder mit einem bisher einzigartigen Strukturwandel bewiesen, dass Deutschland zu notwendigen Veränderungen fähig ist. Sie können zum Motor einer Modernisierungsoffensive für ganz Deutschland werden.

Wir wollen in Deutschland vor allem die Beschäftigungsbremsen lösen und Wachstumskräfte stärken. Nur aus Wachstum entstehen Wohlstand, Arbeitsplätze und Sicherheit. Dazu brauchen wir Rahmenbedingungen, die es möglich machen, dass jeder, der investieren, gründen, arbeiten will, es auch kann. Deutschland soll beim wirtschaftlichen Wachstum, bei öffentlichen und privaten Investitionen, bei der Bekämpfung offener und verdeckter Arbeitslosigkeit, bei der Qualität von Bildung und Ausbildung in Europa wieder vorne mit dabei sein.

CDU und CSU leiten ihre Programme von dem Ziel „3 x 40“ ab: also Senkung der Staatsquote, Senkung des Anteils der Sozialabgaben an den Arbeitskosten und Senkung der Steuern. Dieser Weg muss konsequenter denn je beschritten werden.

Die Regierung hat Zeit zum Handeln verstreichen lassen, die Deutschland nicht hatte. Jetzt müssen die notwendigen Weichenstellungen für unser Land entschlossen angepackt werden. Damit nicht weiter vom Wohlstand der Menschen gezehrt wird, braucht der Standort Deutschland ein schlüssiges Reformkonzept aus einem Guss:

I. Weichenstellungen am Arbeitsmarkt:

- Mit einer neuen Sozialen Arbeitsmarktverfassung wollen wir einen Beitrag leisten, um die strukturelle Krise am Arbeitsmarkt zu überwinden.
- Kernproblem bleiben die viel zu hohen Bruttoarbeitskosten. Deutschland braucht insgesamt längere Arbeitszeiten, um mit wettbewerbsfähigen Stundenlöhnen im internationalen Standortwettbewerb bestehen zu können.
- Der Niedriglohnbereich muss in Deutschland revitalisiert werden. Dazu gehört es, alle Möglichkeiten konsequent auszuschöpfen, um die Eingliederungschancen für Arbeitslose zu verbessern und neue Beschäftigungspotenziale für niedrig entlohnte Beschäftigte zu erschließen.

II. Weichenstellungen im Steuerrecht und bei den Staatsfinanzen:

- CDU und CSU fordern ein neues Steuerrecht. Deutschland braucht ein völlig neues Einkommens- und Körperschaftsteuerrecht und einen Wegfall der Gewerbesteuer mit dem Ziel einer massiven Vereinfachung des Steuerrechts und einer Senkung der Steuerlast. Für die Gewerbesteuer müssen die Kommunen einen quantitativen und qualitativen Ausgleich erhalten.
- Eine deutliche Senkung der Neuverschuldung ist nicht nur auf Landes-, sondern auch auf Bundesebene notwendig. Die Praxis in vielen Staaten hat gezeigt, dass eine Rückführung der Staatsquote entscheidende Wachstumsimpulse setzt.

III. Weichenstellungen in den neuen Ländern

- Wir bekennen uns zur nationalen Aufgabe: der Angleichung der Lebensverhältnisse in den neuen Ländern. Insbesondere im Hinblick auf die Osterweiterung, die zugleich eine gewaltige ökonomische, politische und kulturelle Herausforderung und Chance ist, sind noch umfangreiche Strukturmaßnahmen zu leisten.

IV. Weichenstellungen in der föderalen Ordnung

- Die staatliche Ordnung Deutschlands muss effizienter und entscheidungsfähiger werden, muss Bund und Ländern Gestaltungsspielräume eröffnen und einen Wettbewerb der politischen Alternativen ermöglichen.

I. Weichenstellungen am Arbeitsmarkt

Deutschland hat durch die aktuell beschlossenen Tarifabschlüsse einen herben Rückschlag erlitten. Der erhoffte moderate Aufschwung 2004 ist auch dadurch wieder in Gefahr.

CDU und CSU rufen die Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern dazu auf, sich ihrer nationalen Verantwortung zu stellen. Dazu appellieren wir an die Tarifvertragsparteien: Sie müssen zur Veränderung bereit sein – Gewerkschaften wie Arbeitgeber. Nur so kann sich die Lage in Deutschland zum Besseren wenden. Bislang haben sich die Gewerkschaften mehr Flexibilität durch betriebliche Bündnisse für Arbeit verweigert. Auch der Tarifabschluss in der Metallindustrie war dazu das falsche Signal. Trotzdem haben die Arbeitgeber dem Tarifabschluss zugestimmt. So werden Arbeitgeber und Gewerkschaften ihrer Verantwortung für die Zukunft Deutschlands nicht gerecht.

Deshalb fordern wir die Gewerkschaften auf, sich notwendigen Reformen für mehr Arbeitsplätze in Deutschland nicht zu verschließen. Streiks für die 35-Stunden-Woche schaffen Arbeitsplätze im Ausland und Arbeitslosigkeit in Deutschland.

Von den Arbeitgebern erwarten wir, sich für die Reformen, die sie immer wieder fordern, auch einzusetzen, damit in Deutschland Arbeitsplätze erhalten und neu geschaffen werden können. Wir fordern sie auf, ihrer sozialen Verantwortung gerecht zu werden. Die im Zuge des verschärften internationalen Wettbewerbs notwendige Kostensenkung kann nicht nur bei den Arbeitnehmern ansetzen. Globalisierung bedeutet für uns nicht, dass sich Managergehälter am Niveau der USA ausrichten und die Löhne am Niveau von Niedriglohnländern.

Nur gemeinsam können wir den Aufholprozess schaffen, um damit Wachstum und Wohlstand langfristig zu sichern.

CDU und CSU bekennen sich zur ihrer politischen Verantwortung, den Arbeitsmarkt zu gestalten:

1. Wir streben ein **einheitliches Arbeitsgesetzbuch** an, um das in vielen Gesetzen geregelte Arbeits- und Tarifrecht zusammenzufassen, zu vereinfachen und zu verschlanken.
2. Beschäftigungsorientierte **Abweichungen von Tarifverträgen** werden unter Beachtung der Tarifautonomie zugelassen. Betriebliche Bündnisse für Arbeit und beschäftigungssichernde Betriebsvereinbarungen werden gesetzlich abgesichert. Abweichende Abmachungen sind nur zulässig, soweit sie durch Tarifvertrag gestattet sind oder eine Änderung der Regelung zugunsten des Arbeitnehmers enthalten und nicht über die Laufzeit des Tarifvertrages hinaus reichen, von dem abgewichen wird. Bei dem Günstigkeitsvergleich sind die Beschäftigungsaussichten zu berücksichtigen. Eine abweichende Vereinbarung gilt als günstiger für den Arbeitnehmer, wenn der Betriebsrat und die Belegschaft mit 2/3 Mehrheit einer solchen Abweichung zustimmen.
3. Die gerade für mittelständische Betriebe kostentreibenden Teile des Gesetzes zur Reform des **Betriebsverfassungsgesetzes** werden zurückgenommen, insbesondere die Änderungen zur Anzahl der Betriebsratsmitglieder und die herabgesetzten Schwellenwerte für freigestellte Betriebsräte.
4. Bei Neueinstellungen ist eine Befristung bis zu vier Jahren möglich. Das **Kündigungsschutzgesetz** findet keine Anwendung bei Neueinstellung von Arbeitslosen, die 50 Jahre und älter sind, falls eine freiwillige Abfindung gewählt wird.
5. Die **Arbeitslosenversicherung** soll auf ihre Kernaufgaben reduziert werden, um dazu beizutragen, den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um 1,5 Prozentpunkte auf 5 Prozent senken zu können. In Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit hat der zweite Arbeitsmarkt auch in Zukunft Bedeutung. Zudem müssen alle Anreize zur Frühverrentung konsequent beseitigt werden.

6. Unternehmen wird die Möglichkeit eingeräumt, **Langzeitarbeitslose im ersten Jahr ihrer Beschäftigung unter Tarif zu beschäftigen.**
7. Der Anspruch des **Leiharbeitnehmers** auf gleiche Arbeitsbedingungen und das gleiche Arbeitsentgelt greift erst nach 12 Monaten Beschäftigung.
8. Denjenigen, die auf dem Arbeitsmarkt keine Beschäftigung finden, müssen Beschäftigungsmöglichkeiten, vorrangig auf dem ersten Arbeitsmarkt, angeboten werden. **Empfänger von Arbeitslosengeld II**, die solche Beschäftigungsangebote nicht annehmen, erhalten nur noch stark reduzierte Leistungen.
9. Der generelle **Anspruch auf Teilzeit** wird eingeschränkt (Teilzeitananspruch nur noch bei Kindererziehung und Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger).
10. Eine **Ausbildungsplatzabgabe** wird abgelehnt, da mit ihr eine abermalige Erhöhung der Lohnnebenkosten verbunden wäre. Statt die Verwaltung zu vereinfachen und zu deregulieren, wird der bürokratische Aufwand enorm erhöht. Die mit einer Ausbildungsplatzabgabe verbundene Verstaatlichung und Zentralisierung der Berufsausbildung geht zudem an den Problemen regionaler Ausbildungsmärkte völlig vorbei. Stattdessen muss alles unternommen werden, um das duale Ausbildungssystem bei den Tarifvertragspartnern zu stärken.
11. Die Deregulierung bei den **Ausbildungsverordnungen** wird weiter vorangetrieben. Insbesondere werden weitere Ausbildungsgänge für theorieentlastete Berufe geschaffen. Wenn kein Konsens der Sozialpartner erreicht wird, muss das zuständige Ministerium entscheiden.
12. Die **Ladenschlusszeiten** werden von Montag bis Samstag freigegeben.

13. Das **Teilzeit- und Befristungsgesetz** wird auf Betriebe mit mehr als 20 Arbeitnehmern beschränkt.
14. Das **Arbeitszeitgesetz** für Betriebe mit bis zu 20 Mitarbeitern **wird entsprechend der EU-Richtlinie flexibilisiert.**
15. Das **Arbeitsstättenrecht** für Kleinbetriebe mit bis zu 20 Beschäftigten wird mit großzügigen Ausnahmeregelungen versehen.
16. **Kleinbetrieben** mit nicht mehr als 20 Arbeitnehmern **werden grundsätzlich von statistischen Auskunftspflichten befreit**, es sei denn, die Daten werden in automatisierten Verfahren erhoben und abgerufen. Von Doppelkontrollen soll abgesehen, die Kontrolldichte soll verringert werden
17. Reduzierung, Vereinfachung und Vereinheitlichung **der sozialversicherungs- und steuerrechtlichen** Berechnungs-, Aufzeichnungs- und Meldepflichten; **Umfassende Entlastung der Kleinunternehmen vom Verwaltungsaufwand bei der Abführung der Lohnsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge.**
18. Wir wollen Kleinbetriebe weitgehend von der Pflicht zur Bestellung von **Sicherheitsfachkräften und Betriebsärzten** entbinden.

II. Weichenstellungen im Steuerrecht und bei den Staatsfinanzen

Das **deutsche Steuerrecht ist nicht mehr reformierbar**. Wir brauchen deshalb ein vollständig neues Steuerrecht. Die Präsidien von CDU und CSU nehmen das gemeinsame Steuerkonzept von Friedrich Merz und Kurt Faltlhauser zustimmend zur Kenntnis. Sie billigen das vorgeschlagene Vorgehen (Sofortprogramm, Regierungsprogramm). Das Regierungsprogramm soll ein Jahr nach der Übernahme der Regierungsverantwortung umgesetzt sein. Bis zu diesem Zeitpunkt muss

- eine Reform des Unternehmensteuerrechts unter Einschluss des Außensteuerrechts und der Besteuerung der Kapitaleinkommen,
- die Neuordnung der Kommunal финанzen
- sowie die völlig Neufassung des Einkommensteuerrechtes

vorliegen. Alle Teile müssen miteinander kompatibel sein. Die gesetzgeberische Vorbereitung für das Regierungsprogramm ist sofort einzuleiten.

Damit der Teufelskreis – Lösung von aktuellen Problemen durch immer neue Schulden - durchbrochen wird, muss eine mutige Steuerreform für mehr Wachstum kombiniert werden mit einer konsequenten Haushaltsdisziplin.

19. Wir wollen durch strikte **Ausgabendisziplin** und weitergehenden **Subventionsabbau** das **Finanzierungsdefizit** auf **unter 3 Prozent des BIP** drücken, **mittelfristig** die **Staatsquote unter 40 Prozent** senken und **ausgeglichene Haushalte** in Bund, Ländern und Kommunen erreichen.

Wir wollen den Städten und Gemeinden endlich wieder verlässliche Einnahmen sichern. Deshalb soll die Gewerbesteuer in enger Abstimmung mit den Kommunen durch eine wirtschaftskraftbezogene Gemeindesteuer ersetzt werden, die eine quantitative und qualitative Kompensation bietet und

zugleich eigene Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung eröffnet.

20. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die **Optionsklausel im Rahmen Hartz IV** so zu gestalten, dass den Kommunen eine wirklich faire finanzielle Chance und volle Eigenverantwortlichkeit bei der Durchführung gegeben wird.
21. Die Aufwendungen der Kommunen im Bereich **Sozialhilfe und Kinder- und Jugendhilfe** werden auf das Wesentliche konzentriert. Dabei wollen wir insbesondere Leistungsmissbräuche bekämpfen, pauschale Eigenbeteiligungen bei der Eingliederungshilfe einführen, Jugendhilfemaßnahmen für Volljährige reduzieren und die Eltern an den Kosten der Jugendhilfe beteiligen
22. Wir verringern die Personalkosten **im öffentlichen Dienst** für Beamte und Arbeitnehmer durch Arbeitszeitverlängerung oder Arbeitszeitreduzierung mit entsprechendem Lohnabschlag.
23. Auf der Grundlage des Stabilitätspaktes haben die EU-Mitgliedstaaten große Anstrengungen zur Konsolidierung ihrer Haushalte zu leisten. In diesen Kontext müssen sich auch Haushalt und Finanzplanung der EU einfügen und durch Ausgabendisziplin auf EU-Ebene zur Entlastung der Mitgliedstaaten beitragen. Zur gerechteren Lastenverteilung ist die EU-Finanzierung so umzustellen, dass für die Höhe der Nettozahlungen eines Mitgliedstaates die tatsächliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit entscheidend ist.

III. Weichenstellungen in den neuen Ländern

Deutschland braucht einen Aufschwung. Das gilt in besonderer Weise für die neuen Länder, die seit der Wiedervereinigung einen bisher einzigartigen Strukturwandel vollzogen haben. Dank außergewöhnlicher Anstrengungen der Menschen in den neuen Ländern und dank außergewöhnlicher Unterstützung aus den alten Ländern sind wir auf dem Weg zu vergleichbaren Lebensbedingungen ein gutes Stück vorangekommen. Aber: Die Schere zwischen Ost und West geht seit einigen Jahren wieder auseinander. Um diesen Prozess wieder umzukehren, ist es besonders wichtig:

32. den **Wissenschafts- und Forschungsstandort** neue Länder zu stärken, um die Voraussetzungen für eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung zu schaffen,
33. die **Infrastruktur** weiter zu verbessern, planfestgestellte Verkehrsprojekte zu beschleunigen, um die Voraussetzungen für höhere Produktivität zu schaffen und Investoren zusätzliche Anreize zu bieten,
34. die **Stadtsanierung** voranzubringen, um Wohnungsleerstand abzubauen und die Lebensqualität zu erhöhen.
35. **Existenzgründungen** und Ansiedlungen gezielt zu fördern, damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden,
36. die **Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik** den Bedingungen vor Ort anzupassen; dabei muss auch berücksichtigt werden, dass die EU-Osterweiterung den Standortwettbewerb zusätzlich verschärfen wird,
37. mehr Flexibilität in Form von **Öffnungsklauseln**, damit – zumindest zeitlich begrenzt – von Bundesgesetzen abgewichen werden kann, um den spezifischen Problemen in den Regionen besser begegnen zu können,

IV. Weichenstellungen in der föderalen Ordnung

Für die Zukunftsfähigkeit entscheidend ist auch die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit des politischen Systems insgesamt.

38. In der gemeinsamen Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung bekennen wir uns zu Subsidiarität, Transparenz, Entflechtung. Notwendig ist eine Modernisierung der staatlichen Ordnung Deutschlands.
39. Das politische System muss effizienter und entscheidungsfähiger werden, muss Bund und Ländern Gestaltungsspielräume eröffnen und einen Wettbewerb der politischen Alternativen ermöglichen. Die Chancen des Föderalismus – Vielfalt und Offenheit – werden zu wenig genutzt, zu sehr werden bislang kooperative Ausgleichsformen zwischen den Ländern und eine Einheitlichkeit betont. Beides aber wird den unterschiedlichen Lebensverhältnissen in Deutschland nicht gerecht.
40. Speziell die Ost-Erweiterung der EU verschärft das hohe Kosten- und Fördergefälle zu den neuen EU-Mitgliedern und erhöht den Wettbewerbsdruck vor allem in den Grenzregionen. Mehr Flexibilität in Form von Öffnungsklauseln der Länder für strukturschwache Regionen ist notwendig, damit – zumindest zeitlich begrenzt – von Bundesgesetzen abgewichen werden kann.
41. Die Verfassungskommission hat sich den Rückbau der Zentralstaatlichkeit zur Aufgabe gemacht, um die Potenziale des Föderalismus neu zu entfesseln und um die staatliche Ordnung wieder bürgerorientierter zu gestalten. Das kann aber nur funktionieren, wenn sich Bund und Länder gegenseitig mehr Freiraum zugestehen. Wo Bund und Länder jeweils zuständig sind, sollen sie weiterhin möglichst eigenständig und einverantwortlich agieren können. Die Rückübertragung eigener Kompetenzen auf die Länder muss im Gegenzug zur Einschränkung des Zustimmungsrechts des Bundesrats bei der Bundesgesetzgebung erfolgen.

42. Kommunen sind die staatliche Einheit, mit denen die Bürger am nächsten zu tun haben und die deren Lebenswelt entscheidend prägt. Kommunen dürfen daher nicht überfordert werden und nicht einseitig zu Lastenträgern staatlicher Gewährleistungen werden. Als integrativer Teil der Länder haben sie vielmehr auch im Verhältnis zum Bund Anspruch auf Berücksichtigung ihrer Belange vor allem in finanzieller Hinsicht.

43. Eine Neuordnung kann nur gelingen, wenn weder Bund noch die Länder auf Kosten des jeweils anderen finanziell profitieren. Notwendig ist eine faire Finanzierungsregelung. Sowohl vertikal zwischen Bund und Ländern als auch horizontal zwischen den Ländern darf es keine großen finanziellen Verschiebungen geben. Das setzt aber voraus, dass bei der Übertragung von Aufgaben auch die erforderlichen Finanzmittel übertragen werden.

V. Aufruf zur Europawahl: Weichenstellungen für Deutschland

CDU und CSU haben stets für die Vision eines vereinten Europa in Frieden, Freiheit und Wohlstand gekämpft. Für uns ist die EU weit mehr als nur eine Freihandelszone. Mit dem Beitritt von zehn Mitgliedstaaten am 1. Mai 2004 beginnt ein neues Kapitel in der Geschichte der Europäischen Union. Die Osterweiterung ist ein großer politischer, wirtschaftlicher und kultureller Gewinn für die EU. Wir wollen die Chancen der EU-Osterweiterung nutzen. Dazu gehört aber auch, den Integrationsprozess insbesondere in den Grenzregionen verantwortungsvoll und fair zu unterstützen.

Jetzt gilt es vorrangig, die erweiterte Union zu festigen und dort zu vertiefen, wo Aufgaben nur auf europäischer Ebene bewältigt werden können. Ab dem 1. Mai ist deshalb eine Phase der Konsolidierung und eine Reform der EU selbst notwendig. Denn nur ein stabiles, handlungsfähiges und einiges Europa kann auch ein erfolgreiches und respektiertes Europa sein. Eine Aufnahme der Türkei würde die Europäische Union überfordern und die Gefahr einer Rückentwicklung zu einer reinen Freihandelszone in sich bergen.

Bei der Europa-Wahl am 13. Juni 2004 werden CDU und CSU deutlich machen: Wir brauchen eine gute deutsche Politik in und für Europa. Aber gleichzeitig brauchen wir auch eine gute Politik in Deutschland. Unter Bundeskanzler Schröder und seiner rot-grünen Regierung ist unser Land Schlusslicht der Europäischen Union geworden. Aber Deutschland als größte Volkswirtschaft in Europa muss wieder Motor für Optimismus, Handlungsfähigkeit und Einigkeit sein. CDU und CSU bekennen sich zu der Wachstumsstrategie der EU. **Unser Ziel ist, dass Deutschland noch in diesem Jahrzehnt wieder zur Wachstumsspitze in Europa aufsteigt.**

Politik für Deutschland und für Europa muss die Kraft haben und endlich neue Wege gehen. Diese Kraft aber bringt Rot-Grün nicht mehr auf. Wir fordern die Schröder-Regierung auf, nicht immer nur zu reparieren und zu reagieren. Sie

muss endlich regieren, endlich zu ihrer Verantwortung stehen – oder ansonsten den Weg frei machen. Die Union ist jederzeit bereit, Regierungsverantwortung zu übernehmen.